In der Bevölkerung hat sich nach einer Allensbach-Umfrage der Eindruck verfestigt, dass viele Arbeitslose gar nicht arbeiten wollen. 57 Prozent sind nach der Anfang Februar veröffentlichten Erhebung des Instituts dieser Meinung, für 33 Prozent sind dies nur Einzelfälle. Wie heißt es doch so schön, man bekommt bei Umfragen immer das Ergebnis, dass man sich vorher wünscht. Aber erstaunlich wäre es nicht, wenn die erlogene Hartz-IV-Missbrauchsdebatte bei der Bevölkerung angekommen wäre. Wolfgang Lieb.

Man muss man dem konservativen Umfrage-Institut nicht alles glauben. Es hatte sich ja schon einmal angeboten mit seinen Umfragen „das demagogische Potential der Arbeitslosigkeit zu entschärfen“.
Auch bei der neuesten Umfrage wird deutlich, welche Prämisse in diese Umfrage eingeht: „Die Reform des Arbeitslosengeldes, Hartz IV, die seit Anfang 2005 in Kraft ist, stand von Anfang an unter dem Leitmotiv “Fördern und fordern”. Die zahlreich aufgedeckten Missbrauchsfälle machten allerdings deutlich, dass die Dimension des Forderns nicht klar genug umrissen war. Deshalb gibt es seit letztem Jahr einen fortentwickelten Strafkatalog, der größeren Druck auf arbeitsunwillige Arbeitslose ausübt.“ Alle seriösen Angaben halten jedoch die Behauptung, dass es „zahlreiche“ Missbrauchsfälle gäbe, für falsch.

Auch die Fragestellung ist höchst tendenziös: Glauben Sie, dass es unter denen, die zur Zeit arbeitslos sind, viele gibt, die nicht arbeiten wollen, oder sind das nur Einzelfälle?”

Was heißt viele? Vermutlich gibt es viele? Viele sind tausend oder mehrere tausend, vielleicht sogar hunderttausend, was sagt das bei über vier Millionen Arbeitslosen?

Aber erstaunlich wäre es nicht, wenn nach der erstunkenen und erlogenen Hartz-IV Missbrauchs-Debatte die Stimmung in der Bevölkerung so aufgehetzt worden wäre.

Allensbach hat sich mit dieser Umfrage mal wieder, wie unter der Regierung Kohl als Regierungsberater angedient. Fazit aus dieser Umfrage: Die Politik kann also weiter die Arbeitslosen statt die Arbeitslosigkeit bekämpfen, denn sie hat ja die Mehrheit hinter sich.